

Quereinstieg in den Klassensaal



Ressortminister Claude Meisch sieht in der Reform eine Qualitätsverbesserung Foto: Editpress/ Isabella Finzi

Not- oder bessere Lösung des Problems „Lehrermangel“?

Mit der gestrigen Verabschiedung der Gesetzesvorlage 7206 wurden in erster Linie drei Änderungen im Bereich der Lehrerausbildung in der Grundschule eingeführt. Zum einen wird das Gesetz Absolventen eines Bachelor-Abschlusses (3-4 Jahre postsekundäre Ausbildung), der im weiten Sinn mit den Zielen der Grundschule vereinbar ist, die Möglichkeit eröffnen, den Lehrerberuf auszuüben. In der Tat können die „Lehrer auf dem zweiten Bildungsweg“ (oder Quereinsteiger) durch den Abschluss einer 216-stündigen Weiterbildung, die sie parallel zu ihrem Arbeitstag absolvieren, die Zulassung zum Lehrerexamen erwerben. Diese Maßnahme ist nicht nur zeitlich auf fünf Jahre begrenzt, sondern auch, was die Zahl der angenommenen Kandidaturen angeht, hängt diese doch davon ab, wie viele Lehrerstellen unbesetzt bleiben.

Unterscheidung zwischen den Zyklen

Zum zweiten kommt die „Spillschoulsjoffer“ zurück. Mussten in den letzten Jahren alle Lehreranwärter eine Ausbildung vorweisen, die es ermöglichte, vom Zyklus 1 bis 4 alle Klassen zu unterrichten, so wird jetzt die Unterscheidung zwischen einer Ausbildung im Zyklus 1 (Früherziehung, Kindergarten) und einer Ausbildung für die Zyklen 2 bis 4 (1. bis 6. Schuljahr) durch getrennte Ausbildungswege und Zulassungsexamen („examen concours“) wieder eingeführt. Diese Maßnahme kommt vor allem jenen Studenten

zugute, die ihre Ausbildung in Belgien absolvieren, und die bislang ein zusätzliches Ausbildungsjahr in Luxemburg anhängen mussten.

Die dritte Änderung, die in den letzten Jahren für viel Diskussionsstoff gesorgt, und wohl auch zu einem Rückgang der Interessenten am Lehrerberuf geführt hatte, besteht in der Verkürzung der 2015 eingeführten Stage-Zeit von drei auf zwei Jahre. Voraussetzung ist, 20 Wochen Praktika während der Ausbildung vorweisen zu können. Für Stagiari-Lehrer, die aktuell ihre Praktika absolvieren, wird die Verkürzung um ein Jahr sofort wirksam.

Auch Bedenken auf Seiten der Regierungsparteien

Recht kritisch wurde die Öffnung des Lehrerberufs für Bachelor-Absolventen mit keinem entsprechenden Diplom von den Abgeordneten nicht nur aus den Reihen der Opposition aufgenommen. Während Berichterstatter Lex Delles (DP) noch besänftigend sagte, eine Tür werde spaltbreit geöffnet, nicht aber aufgerissen, weil nur so viele Quereinsteiger angenommen würden, wie nötig, sprach Martine Hansen (CSV) von „einer gefährlichen Öffnung“. Das Gesetz sei eine „Pompjeesléisung“, da es darauf abziele, den Lehrermangel kurzfristig zu bekämpfen, um ein Chaos wie bei der letztjährigen Schulreintree zu vermeiden. Es stelle aber keine wirkliche Alternative zu einer tiefgreifenden Reform dar. Sie nutzte die Gelegenheit, noch einmal auf die Forderung der CSV, Schuldirektoren in der Grundschule einzusetzen, zurückzukommen und meinte, eine breit angelegte Debatte vor der Verabschiedung des Gesetzes wäre angebracht gewesen, um neue Pisten zu skizzieren.

Dass es für diesen Herbst wahrscheinlich wesentlich weniger Probleme in punkto Besetzung der vorgesehenen Posten gibt, unterstrich Gilles Baum (DP). Immerhin sind 243 Kandidaturen zur Beteiligung am Lehreraufnahmeexamen beim Ministerium eingegangen. Von einer pragmatischen Lösung sprach Georges Engel (LSAP). Es gehe darum, einen akuten Mangel zu beheben. Die Bachelor-Absolventen müssten derweil die richtige Unterstützung seitens der Regionaldirektionen erfahren, die wiederum ihrerseits „mit den richtigen Mitteln“ ausgestattet werden müssten.

Josée Lorsché (déi gréng) gab zu bedenken, dass möglicherweise viele Sozialpädagogen („éducateurs gradués“) die Gelegenheit beim Schopf packen könnten, um in die sowohl finanziell als auch aufgrund der Arbeitsbedingungen attraktivere Lehrerlaufbahn umzusteigen. Dies wiederum würde einen Personalangel in diesem Bereich nach sich ziehen. Außerdem, so monierte sie, werde das - falsche - Signal gegeben, eine dreijährige Ausbildung sei ausreichend. Wie Martine Hansen wies sie darauf hin, dass Belgien zurzeit an einer Reform der Lehrerausbildung arbeitet, und man hierauf ein Auge haben müsse, absolvierten doch die Hälfte unserer Lehrer/innen ihre Ausbildung im Nachbarland. Sie plädierte für eine „Entbürokratisierung des Berufsalltags“ des Schulpersonals, eine Reform des Programms während der Praktikumszeit und eine Öffnung der „Fonction Publique“ im Allgemeinen für Anwärter, die nicht alle drei Landessprachen beherrschen.

Genau dies lehnte Fernand Kartheiser (ADR) ab. Er meinte auch, es müsse Schluss mit dem „Niveauverlust an unseren Schulen“ („nivellement vers le bas“) sein. Seine Partei mache aus der Schulpolitik zentrales Wahlkampfthema. Nichtsdestotrotz sah er die Notwendigkeit ein, dass in einer Notsituation Ausnahmeregelungen ergriffen werden. Marc Baum (déi Lénk) erkannte indes in der Absenkung der Gehälter und in der Einführung der Stagezeit Elemente, die den Lehrerberuf weniger attraktiv erschienen ließen. Auch er wünschte sich eine tiefgreifende Debatte.

Enttäuschter Minister

Ein wenig enttäuscht gab sich Minister Claude Meisch (DP). „Domat maache mer d'Schoul besser“, unterstrich er. Durch das vorliegende Gesetzesprojekt „ersetze mer net déi diploméiert Enseignanten, mee déi Leit, déi mat enger Première a véier Wochen Zousazausbildung Schoul halen“. Letztere sollten weiterhin an den Schulen arbeiten, dies indes um bei punktuellen Ausfällen von Lehrern (zum Beispiel durch kurze Krankheit) Klassen zu betreuen. Im Falle von Langzeitabwesenheit, wie beispielsweise durch Mutterschafts- oder Elternurlaub könnten jetzt BAC+3-Absolventen intervenieren. Dies bedeute eine Qualitätssteigerung, unterstrich er.

„Der Lehrermangel besteht nicht erst seit letztem Herbst“, so Meisch, „sondern seit Jahrzehnten“. Eine Antwort sei unter anderem die Einführung 2004 des „Kontingents“ gewesen, die wiederum zum Abbau von 300 Posten geführt habe, und wo, so vermutete er, eher finanzielle Überlegungen Pate standen. 150 Posten seien derweil im Laufe der aktuellen Legislaturperiode wieder an die Schule zurückgegeben worden. Das Gesetzprojekt wurde mit den 32 Stimmen der Mehrheit (DP, LSAP, déi gréng), bei 28 Enthaltungen (CSV, adr , déi Lénk) angenommen.